



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/274 - 28. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Wünsche Saarkrückens an Bonn	S. 1
Krisenstimmung in Paris	S. 3
Heißes Eisen - Werbefernsehen	S. 5
Kiesingers aussenpolitische Empfehlungen	S. 7

Der deutsche Bundestag und die Saar

Von Kurt Conrad, Arbeitsminister

Wenn die Abgeordneten des deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 29. 11. 1956 den Plenarsaal betreten, finden sie auf ihren Plätzen eine Tagesordnung von aussergewöhnlicher Bedeutung vor. Viele werden sich bei dieser Tagesordnung an das Grundgesetz erinnern, in dem geschrieben steht, dass es unser aller Verpflichtung ist, "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Die Tagesordnung sieht vor, die Einheit Deutschlands im Westen durch die Eingliederung des Saarlandes zu vollziehen. Das Zustimmungsgesetz über den zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Bundesregierung abgeschlossenen Saarvertrag und das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes sollen im ersten Durchgang vom Hohen Hause verabschiedet werden.

Es war ein weiter Weg bis zu diesem Tag, und ohne die aufopferungsvolle Haltung der Saarbevölkerung, allen Einflüsterungen zum Trotz, wäre er nicht gekommen. Der Saarvertrag setzt einen Schlußstrich unter die jahrelangen Auseinandersetzungen mit unseren Nachbarn im Westen, Frankreich. Die Politik des Abtrennenwollens hatte die Atmosphäre zwischen den Deutschen und den Franzosen ein Jahrzehnt lang vergiftet. Auch das von der Saarbevölkerung am 23. Oktober 1955 abgelehnte Saarstatut hätte keine Brücke geschlagen zu besseren Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn. Es war die harte Entscheidung der Saarbevölkerung erforderlich, um den Weg einer dauernden französisch-deutschen Annäherung gehen zu können. Der Saarvertrag legt neue Opfer auf. Opfer für

die Kasse des Bundes. Sie sind aber nicht zu gross, wenn dadurch eine neue bessere Politik zwischen Frankreich und Deutschland eingeleitet wird.

Auf Hilfe angewiesen

Für die deutsche Innenpolitik und für die Wiedervereinigung mit Mittelddeutschland und unseren Ostgebieten wird viel davon abhängen, wie sich der Angliederungsprozess der Saar vollzieht. Es wäre ein schlechtes Zeichen, und es würde drüben jenseits der Zonengrenze aufhorchen lassen, wenn der deutsche Bundestag es äulden würde, den grossen Augenblick der Vereinigung von einer Million unserer Menschen mit dem Ganzen in den Köhlen einer, ach so gut funktionierenden peinlichen Ministerialbürokratie und unter dem Stiff kleinlicher Soll-und-Haben-Rechnungen untergehen zu lassen. Die Saar braucht Hilfe durch den Bund. Das jahrzehntelange Draussensein ist nicht spurlos und nicht ohne Schäden vorübergegangen. Die Industrie kann sich in weiten Teilen nicht mit der Konkurrenz der bundesdeutschen Industrie messen. Es ist an der Saar im Gegensatz zu vergleichbaren Industrieregionen von der Substanz gezehrt worden. Noch werden bis zur wirtschaftlichen Verschmelzung gemass dem Saarvertrag drei Jahre vergehen. Doch muss diese kurze Zeit genützt werden, damit die saarländische Industrie wieder keimisch und konkurrenzfähig auf dem deutschen Markt wird. Dazu braucht die Saar langfristige Darlehen und Zuschüsse, die sie befähigen, ganz auf den eigenen Beinen zu stehen.

Die saarländische Regierung hat der deutschen Bundesregierung ein Memorandum überreicht und darin die dringenden Vorhaben aufgezählt, die nach ihrer Ansicht erforderlich sind, um die Saar wieder voll und fest mit dem Ganzen zusammenzufügen. Es handelt sich bei diesen Wünschen um Massnahmen zur Modernisierung der Wirtschaft, zur Verbesserung der Verkehrswege nach der Bundesrepublik, um Steuer-

terung und um die Sicherung der sozialen Besitzverhältnisse.

Die dringendsten Massnahmen

Nach gewissenhafter Prüfung kommt das Memorandum der Saarregierung zu dem Ergebnis, den Bund um folgende Finanzhilfen für das Jahr 1957 zu bitten: Als Darlehen für Investitionskredite, Eigenkapitalfinanzierung und Auftragsfinanzierung einen Betrag von etwa 150 Mill. DM bereitzustellen, sowie für die Deckung des zu erwartenden Defizits 1957 im Haushalt infolge der vorgesehenen steuerlichen Erleichterungen 45 Mio DM vorzusehen. Daneben werden durch den Transfer-Verlust infolge des künstlichen Wechselkurses ein Ausgleich in der Höhe von 20 Mio DM, für Zinszuschüsse etwa 2,5 Mio DM aufzubringen sein. Die Verbesserung der Verkehrswege, Weiterbau der Autobahn Kaiserlautern bis nach Saarbrücken, Verbesserung und Neubau von anderen Strassen und Verkehrseinrichtungen, erfordern für das Jahr 1957 einen Betrag von etwa 62 Mio DM. Alles in allem wünscht die Saarregierung, der Bund möge neben Bereitstellung von 150 Mio DM Darlehen weitere 150 Mio DM Zuschüsse für das Jahr 1957 vorsehen, damit die dringendsten Massnahmen zur Vorbereitung der wirtschaftlichen Eingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik begonnen werden können.

Der Bundestag wird prüfen müssen, ob es ihm als möglich erscheint, im 36-Milliarden-Haushalt des Bundes diese Beträge unterzubringen, nachdem die bisherigen Verhandlungen der Saarregierung mit dem Bundesministerium noch zu keinem Zwischenergebnis geführt haben.

... nicht ganz ohne Bitternis

Bei der Formulierung des Eingliederungsgesetzes machten sich die bürokratischen Hemmungen und das Finanzdenken leider drastisch bemerkbar. Es gab z.B. bis jetzt einen langen Streit darüber, ob in Artikel 10 des Eingliederungsgesetzes statuiert werden soll "der Bund gewährt dem Saarland für einzelne Rechnungsjahre eine Finanzhilfe" oder "der Bund kann dem Saarland für einzelne Rechnungsjahre eine Finanzhilfe gewähren". Es ist für die Menschen der Saar nicht ganz ohne Bitternis, zu sehen, mit welcher Begeisterung die Bürokratie sich befleissigt, eine mögliche Hilfe des Bundes für das neue Bundesland Saar einzudämmen, einzuschränken und zwischen dem "Kann" und dem "Wird" einen wahren Diskussionsstau zu entfachen. Ein anderes Beispiel:

Nach § 13 des Eingliederungsgesetzes werden am ersten Januar 1957 die Beamten der Saareisenbahn und der Saarpost Bundesbeamte. Man hat sich bis jetzt nicht dazu verstanden, den davon betroffenen Bediensteten der Saareisenbahn und Saarpost zuzusichern, dass sie die Ehre, ab 1. Januar Bundesbeamte zu sein, künftig nicht mit dem Verlust eines Teiles ihres Einkommens bezahlen müssen. Ist es nicht selbstverständlich, dass Menschen, die noch für drei Jahre in einem anderen Währungsraum mit ihren Familien leben müssen, auch nach den Notwendigkeiten dieses fremden Währungsraumes behandelt werden?

Hier muss eine politische Entscheidung getroffen werden. Der deutsche Bundestag muss die Massnahmen zur Vorbereitung der Eingliederung der Saar aus den Händen der Formulierer herausnehmen, und eine dem Ergebnis würdige und angemessene Entscheidung treffen.

Erheblich schlechter als vor zehn Monaten

1.0., Paris

In der vergangenen Woche war das Kabinett Guy Mollet zu Beratungen zusammengetreten. Dann wurde bekanntgegeben, die Minister hätten "einhütig den Minister-Residenten von Algerien, Robert Lacoste (Sozialist) das Vertrauen ausgesprochen" und ihn beauftragt, in Erfüllung seiner Mission fortzufahren. Das sozialistisch eingestellte, den Freien Gewerkschaften nahestehende Blatt Franc-Tireur kommentierte diesen erstaunlichen Vorgang - erstaunlich, weil jedermann weiss, dass im Kabinett von Einmütigkeit keine Rede sein kann - damit, dass Guy Mollet den Minister für Algerien das Vertrauen ausgesprochen hätte und die anderen Minister aus Solidarität zugestimmt hätten. Das ist eine schwache Erklärung. Aber viele Erklärungen, die in diesen Tagen abgegeben werden, sind ebenso schwach fundiert, oder gar noch schwächer.

Am gleichen Tage, an dem die Regierung bekanntgab, dass sie in sich ganz einig sei, wurde von der Radikalen Partei, die im Kabinett durch Minister und Staatssekretäre vertreten ist, zum Angriff geblasen. Der radikale (d.h. bürgerliche) Abgeordnete Marsant fragte die Regierung, wie sie es sich vorgestellt habe, in Ägypten militärische Operationen durchzuführen, ohne für eine entsprechende Reserve von Treibstoffen zu sorgen, und ferner, aus welchen Überlegungen heraus sie zuliesse, dass sich "bei der Verteilung dieser Stoffe anarchische Zustände entwickelten". Niemand kann behaupten, dass die Einstellung der Radikalen Partei eine Übereinstimmung mit der Regierungspolitik andeutet. In der Sozialistischen Partei selbst liegen Anzeichen dafür vor, dass die Zahl der Kritiker in den letzten Tagen eher zugenommen als abgenommen hat.

Die Feldzüge in Algerien und Ägypten kosten enorme Summen, während gleichzeitig die Einnahmen der Regierung rapide zurückgehen - schon der Ausfall an Benzinsteuer ist enorm - und die Produktion nachlässt. Wenn der für die Industrie zuständige Staatssekretär Lemaire erklärt, die Industrie werde "durch die Brennstoff-Restriktionen nicht schwer leiden", so ist es jedermann überlassen, sich unter den Worten "nicht schwer" das vorzustellen, was er sich vorstellen

möchte, und wenn die Hoteliers über den sehr bedeutenden Ausfall an Touristen klagen, so ist selbstverständlich, dass dadurch nicht nur ihr Gewerbe, sondern alle mit ihm verbundenen Betriebe und der Staat selbst leiden.

Heizöl ist so knapp, dass in vielen Häusern nur stundenweise geheizt wird. An den wenigen Tankstellen, die beliefert werden, warten fünfzig bis siebzig Wagenbesitzer und Taxifahrer darauf, dass ihnen fünf bis fünfzehn Liter zugeteilt werden. Zucker ist knapp. Speiseöl ist noch knapper. Selbst Salz fehlt. Holz und Kohle sind keinesfalls in normalen Mengen zu haben. Kein Wunder, dass unter solchen Umständen der Regierung Mollet vorgeworfen wird, sie habe hinsichtlich der Wirtschaft ebenso programelos gearbeitet wie hinsichtlich Algeriens. Denn so wenig es ein Programm sei, die Bürger zur Sparsamkeit und zum Durchhalten aufzufordern, so wenig sei es ein Programm, wenn man als Heilmittel für Algerien immer wieder Ideen äussert, die von den Aufständischen und ihren geistigen Anführern mehrfach abgelehnt wurden.

Wahrscheinlich wäre die Stimmung in den Regierungsparteien und bei der Bevölkerung noch kritischer, würde nicht die Auffassung vorherrschen, Frankreich werde ungerecht behandelt. Diese auch in der Sozialistischen Partei stark vertretene Meinung wirkt sich wie ein Ventil aus, wobei sich die Kritik zwar auch gegen die USA, in grösserem Masse jedoch gegen die Vereinten Nationen (UN) wendet: Die UN messe mit zweierlei Mass, sei dem Diktator Nasser gegenüber nachsichtig, Frankreich gegenüber jedoch auftrumpfend, wobei immer wieder ein dem amerikanischen UN-Delegierten Cabot Lodge zugeschriebener Satz als typisch angeführt wird. Lodge habe nämlich erklärt: "Wir können Franzosen und Engländern gegenüber härter sein (als Nasser gegenüber), weil wir glauben, dass sie nachgeben werden".

Selbst aber, wenn die Beschwerden gegenüber der UN-Diplomatie berechtigt sind und daher das Ventil gut wirkt, ändern beide Vorgänge nichts an der rein sachlichen Entwicklung. Es ist nun einmal Tatsache, dass Frankreich heute aussenpolitisch erheblich schlechter gestellt ist als vor zehn Monaten, als Mollet die Verantwortung übernahm, dass die Lage in Nordafrika sich verschlechtert hat, dass die Wirtschaft leidet, dass die Linke das tut, wofür die Rechte keine Mitverantwortung übernimmt, dass die Finanzen bedroht sind und die Währung gefährdet ist, und dass die Stimmung im Volke den extremen Elementen in höchst unerfreulicher Weise die Wege ebnet. Diese Zwischenbilanz ist peinlich. Aber es wäre falsch, die Zeichen an der Wand nicht zu beachten. + + +

28. 11. 1956

Gemeinnütziges Werbefernsehen - angeregt von Heinrich Kopf

dt. - Hannover

Der neue Bundespostminister wird demnächst im Bundestag eine kleine Anfrage beantworten müssen, die der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Presse, Film und Funk und weitere 16 Abgeordnete eingebracht haben. Die Abgeordneten wollen Klarheit in einer Frage bekommen, die seit einigen Monaten abseits der grossen Politik das Publikum stark beschäftigt: wird es in Westdeutschland ein Werbefernsehen geben oder nicht, bzw., wie die Anfrage formuliert ist, da die Bundesregierung nicht direkt auf die Rundfunkanstalten Einfluss nehmen kann: wies die Bundespost einer Münchner Gesellschaft gesteigerte Leitungen für Zwecke des Werbefernsehens zur Verfügung stellen kann.

Es ist ein heisses Eisen, und es wirft eine Menge juristischer, kaufmännischer, ästhetischer, sogar politischer Fragen auf, denn es ist ausgesprochenes Neuland, das vor den bundesdeutschen Fernsehtruhen flimmern soll - oder nicht, je nachdem, wie die Würfel fallen werden. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger hat eine Klage gegen die in Bayern beabsichtigte Einführung des Werbefernsehens angekündigt; andererseits gehörte der gleiche Verband zu den Initiatoren der Studiengesellschaft für Funk- und Fernsehwerbung, die im August gegründet worden war. In die Auseinandersetzung für und wider kamen Nachrichten aus England, wo das BBC-Fernsehen vor einem Jahr um Reklamesendungen "bereichert" wurde. Das Geschäft liegt dort in den Händen von vier Gesellschaften, die das erste Jahr mit einem Verlust von 17 bis 23 Mio DM abgeschlossen haben, obwohl in England zehnmal mehr Fernsehtruhen stehen als in Deutschland, nämlich 5,5 Millionen, während die einschlägige deutsche Industrie hofft, dass in Westdeutschland 1957 die erste Million komplett wird. Zur Zeit sind bei der Bundespost rund 550.000 Geräte registriert. Die vier englischen Gesellschaften, von der Öffentlichkeit wegen des gesendeten Programmes heftig beschossen, kündigen aber bereits an, dass sie im nächsten Jahr in die "Profitzone" geraten werden.

Um den Profit geht es natürlich auch in der Bundesrepublik. Die Streiter für und gegen das Werbefernsehen sind so viele und darunter auch so prominente, dass nicht viel Phantasie zu der Prophezeiung

gehört, das letzte Wort in dieser Angelegenheit werde das Oberste Bundesgericht sprechen müssen. Unter Hinweis auf den Werbe-Sprechfunk in einigen Bundesländern gewinnt allerdings heute schon die Meinung die Oberhand, dass das Werbefernsehen nicht zu verhindern sei; ob es aber über die Leitungen der Bundespost oder über eigene Leitungen gehen wird, ist noch offen.

Der Ansicht, dass diese Entwicklung nicht aufgehalten werden könnte, ist auch Hinrich Kopf, ehemaliger Landesvater von Niedersachsen, jetzt stellvertretender Vorsitzender des Rundfunkrats des NDR. Im nächsten Jahr wird Kopf turnusgemäss Vorsitzender dieses Rats sein. Hinrich Kopf warf nun einen Gedanken in die Debatte, mit dessen Hilfe, sofern die Unvermeidlichkeit des Werbefernsehens akzeptiert wird, das privatwirtschaftliche Streben in gemeinnützige Kanäle gelenkt werden soll. Kopf ist demnach für das Werbefernsehen, "weil wir es ja doch nicht aufhalten können"; sein Plan, den er bisher in einschlägigen Kreisen intern diskutiert hat, sieht vor, dass eine oder zwei Werbefirmen im Bundesgebiet die Aufträge einbringen und dafür angemessen bezahlt werden, dass aber den Löwenanteil an finanziellen Aufkommen ein Kuratorium aus Wissenschaftlern und Politikern bekommt, das die Gelder in den Dienst der Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses stellt. Ein Gutachten, das sich Kopf hat ausarbeiten lassen, schätzt allein für das "Einzugsgebiet" des ehemaligen NDR das Aufkommen auf 8-10 Mill. DM jährlich (einschliesslich Werbesprechfunk); im Bundesgebiet erhofft Kopf eine Einnahme von 30-40 Mill. DM, die der deutschen Forschung zufließen könnten.

Nach Kopfs Vorstellungen sollen "keineswegs Waschmittel gezeigt werden", vielmehr sollen die Rundfunkanstalten das Programm massgebend beeinflussen, so dass eine bestimmte ästhetische Note gewahrt bleibt. Das Werbefernsehen soll vor allem aus gut gemachten Reportagen über grosse Industriewerke bestehen, wodurch automatisch für das erzeugte Produkt geworben würde. Das Programm soll auf diese Weise so wenig wie möglich beeinträchtigt werden, "obwohl natürlich eine gewisse Beschnidung nicht zu vermeiden ist." Die Reportagen müssten ausschliesslich von Journalisten der Anstalten aufgenommen werden.

Kopf ist sich bewusst, dass seine Anregungen auf Widerstand stossen werden, aber er geht von der Voraussetzung aus, "dass wir das Werbefernsehen auf die Dauer ebenso wenig verhindern können wie das Lotto", und dass es daher am besten wäre, jetzt schon Gedanken hineinzuarbeiten, die ein Optimum an Gemeinnützigkeit gewährleisten.

Der Rückfall

sp. Als Auftakt für die Stellungnahme seiner Partei, der CDU/CSU, in der aussenpolitischen Donnerstagsdebatte des Bundestages hat der Abgeordnete Kiesinger am Dienstag sehr dezidierte Erklärungen abgegeben. Sie stellen einen Rückfall in die Zeit vollkommener Eirsichtslosigkeit der Regierung und ihrer Parteien gegenüber den aussenpolitischen Notwendigkeiten dar, die Optimisten mit der Note vom 2. September überwunden glaubten. In dieser vor allem an Moskau gerichteten Note heisst es u.a.: "Sie (die Bundesregierung) befürwortet daher ein europäisches Sicherheitssystem, in dessen Rahmen sich jeder Mitgliedsstaat verpflichten sollte, einem Angreifer jegliche Unterstützung zu verweigern. Sie wird sich auch anderen Vorschlägen für Elemente eines europäischen Sicherheitssystems nicht verschliessen."

Von den hier zum Ausdruck getrahten wichen die Darstellungen Kiesingers entscheidend ab. Der Abgeordnete hat sich schlechthin gegen eine europäische Sicherheit, die die Militärblock-Politik überwinden helfen soll, gewandt und in diesem, also einem militärischen Zusammenhang, die Notwendigkeit der Solidarität der Bundesrepublik mit dem Westen nachdrücklich unterstrichen. Diese Solidarität findet ihren vertraglichen Ausdruck in der NATO, offenbar aber mehr in der Theorie, wie die Tatsache zeigt, dass die westdeutschen NATO-Nachbarn, Grossbritannien und Frankreich, es nicht für erforderlich hielten, die Bundesrepublik auch nur andeutungsweise über die Absicht ihres Angriffes auf Ägypten zu unterrichten. Aber dieser Sündenfall ist offenbar schon vergessen.

Der Vorsitzende des aussenpolitischen Ausschusses des Bundestages hat dieses Bekenntnis zur Militärblockpolitik und zur Fortsetzung einer so gut wie ausschliesslich auf der NATO beruhenden westdeutschen Aussenpolitik zu einer Zeit abgelegt, in der überall sonst im Westen ein eifriges Suchen nach Wegen im Gang ist, die aus dieser Konstellation herausführen könnten. Diese Aufteilung der Welt in zwei gegnerische Lager ist bereits höchst gefährlich verhärtet, steril und allein auf der Vermutung eines kommenden Krieges aufgebaut. Sie enthält in

Wahrheit keine positiven zukunftsweisenden Elemente. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb man neuerdings in den Vereinigten Staaten sehr viel mehr Wert auf den Ausbau und eine wachsende Funktionsfähigkeit des grössten bestehenden kollektiven Systems, der UNO, legt und weshalb die Verbindungen mit der starken, ausserhalb der militärischen Blöcke stehenden Staatengruppe unter Führung Indiens so auffallend sorgfältig gepflegt werden.

Das grösste Interesse an dieser Art von Politik müsste die Bundesrepublik haben, die ja nur einen Teil Deutschlands darstellt, denn es ist nicht etwa die Behauptung der Opposition, sondern durch die Erfahrung bewiesen, dass die Politik der militärischen Eingliederung der Teile Deutschlands in das westliche oder östliche Militärbündnis die Wiedervereinigung nicht fördert, sondern unmöglich macht. Deshalb hat ja auch das aus Männern aller Parteien zusammengesetzte Kuratorium Unteilbares Deutschland eine Überprüfung der Wiedervereinigungspolitik gefordert und an die Grossmächte appelliert, ein Sicherheitssystem für Europa zu schaffen, das auch eine Wiedervereinigung Deutschlands umfasst.

Kiesinger hat in den Vordergrund seiner Betrachtungen die Forderung nach Sicherheit für die Bundesrepublik gestellt. Aber diese Forderung ist kein Gegensatz, wie er es darstellen will, zu der anderen nach einem umfassenden Sicherheitssystem. Vielmehr wird Sicherheit nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für ganz Deutschland auf die Dauer nur in einem solchen Zusammenschluss möglich sein, in dem alle Beteiligten, gerade auch soweit sie in konträren politischen Lagern stehen, miteinander verbunden sind, sei es in Freundschaft, sei es durch gegenseitige Kontrolle. Die UNO ist dafür in weltweiter Sicht ein gutes Beispiel.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler